

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

7.2.1884 (No. 32)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. Februar.

№ 32.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Georg von Sachsen, Infantin Maria Anna von Portugal und Algarbien legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 14 Tage bis zum 19. Februar einschließlich an, und zwar vom 6. bis inkl. 12. Februar nach der 3., vom 13. bis inkl. 19. Februar nach der 4. Stufe der Trauerordnung.

Karlsruhe, den 6. Februar 1884.

Großherzogliches Oberkammerherrn-Amt.
Freiherr von Gemmingen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Nachbenannten die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Auszeichnungen zu erteilen, nämlich:

dem kaiserlichen Oberpostdirektor Schwerd in Minden (Westfalen) für den königlich preussischen Rothen-Adler-Orden 3. Klasse und

dem Postschaffner Martin Denzlinger beim kaiserlichen Postamt dahier für das königlich preussische Allgemeine Ehrenzeichen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 6. Februar.

Blätter der verschiedensten Richtungen in Preußen üben eine herbe Kritik an dem Gang der Verhandlungen im Berliner Abgeordnetenhaus. Noch ein paar solche Debatten — sagt die „Köln. Ztg.“ — und das Ansehen unseres Parlamentarismus sinkt im Lande auf den Nullpunkt. Die „Köln. Ztg.“ schildert die „Kammerverhandlungen“ in folgender drastischen Weise: „Das ist keine Staatsberatung mehr, das sind Plaudereien und behagliche Unterhaltungen, die zufällig an eine Etatsposition anknüpfen und jedes praktischen Zweckes entbehren, denn es handelt sich fast niemals darum, am Etat selbst etwas zu ändern. Mit der Staatsberatung, wie sie im Reichstag geübt wird, wo wirklich um die Bewilligung einzelner Positionen gekämpft, an andere eine auf ein praktisches Ziel strebende Kritik geknüpft wird, hat die Art der Unterhaltung, wie sie jetzt Tag für Tag im Abgeordnetenhaus stattfindet, kaum eine entfernte Ähnlichkeit. Ein Vergleich fällt entschieden zu Gunsten des Reichstags aus, dessen Art der Staatsberatung um vieles vornehmer und würdiger ist, als die oft herzlich oberflächlichen Kabinetsunterhaltungen über Frühlingsferien, Studentenpaukereien und ähnliche schöne Dinge, wie sie im Abgeordnetenhaus beliebt werden. Auch das Zentrum ist von dem Vorwurf nicht frei zu sprechen, daß es seine Kulturkampf-Beschwerden mit einer engherzigen Breite vorträgt und ganze Sitzungen damit in Anspruch nimmt. Hr. Windthorst sagt: „Wir müssen jedes Jahr unseren Nothschrei anheben, das ist unser gutes Recht.“ Gewiß, schreit nur zu, so laut ihr wollt! Das, was die Herren aber seit Wochen thun, das ist kein Schreien, das ist das langweilige Klagegedel eines Mannes, dem man anmerkt, daß ihm die Aufzählung seiner Leiden ein gewisses Behagen verursacht. Wer schreit, dem glaubt man, daß er Schmerz hat, wer Tage lang davon erzählt, dem glaubt man es schon weniger.“

In die Reihe der tagenden Volksvertretungen ist nun auch wieder das englische Parlament eingetreten. Die Thronrede liegt vor, enthält aber nichts eigentlich Neues und Bemerkenswerthes. Egypten gegenüber bleibt die Politik der Regierung dieselbe, den Sudan mit Waffengewalt wiederzugewinnen erscheint unthunlich, General Gordon soll berichten, was sich noch machen läßt, um möglichst mit heiler Haut herauszukommen. Das eigentliche Egypten soll geschützt werden, und so lange als dieser Schutz die Anwesenheit britischer Truppen erfordert, sollen diese bleiben. Wie halten uns verpflichtet, erklärte Lord Granville im Oberhaus, die Sicherheit und Ruhe Egyptens aufrechtzuerhalten, bis der Zweck erreicht ist, für welchen unsere Armee nach Egypten gesandt ist.

Inzwischen lauten die jüngsten Nachrichten von der Küste des Rothen Meeres sehr traurig. Es liegt aus Suakim von gestern Abend datirt ein Telegramm vor, welches besagt: „Baker Pascha begann den Vormarsch am Montag früh, am Nachmittag desselben Tages erfolgte eine Schlacht, in welcher die ägyptischen Truppen alle Kamele und ihre ganze Bagage verloren. Baker Pascha, sowie die britischen Offiziere Harrington und Giles sind unverfehrt. Bis jetzt haben die besetzten Plätze Tokar und Sintat sich dem

Feinde noch nicht ergeben, ein Entschluß ist aber nunmehr unausführbar. Der Feind machte einen erfolglosen Versuch, Suakim das Trinkwasser abzuschneiden. In Suakim wurden Marinetruppen ausgeschifft, um eine Panik zu verhindern.“ Das also mit dürren Worten: So weit nicht die britischen Schiffskanonen reichen, ist das Land oberhalb Halfa verloren. Der „Bericht“ des Generals Gordon dürfte in Folge der Niederlage Baker's ein sehr lakonischer werden.

Bei Berathung des Wurmbrand'schen Sprachenantrags im österreichischen Reichsrath hatte der Abg. Sturm die Behauptung ausgesprochen, Fürst Bismarck habe die Deutschen Oesterreichs getadelt, und zwar nicht wegen ihrer Haltung den Slaven gegenüber, sondern wegen ihrer Stellung gegenüber der früheren liberalen Regierung. Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Dies ist nicht ganz genau. Wir halten es für geboten, festzustellen, daß Fürst Bismarck den Deutsch-Oesterreichern in erster Linie die Nichtachtung der Dynastie des Kaisers, seiner Rechte und seiner Macht zum Vorwurf gemacht hat, und mit vollem Rechte. Gerade die Deutschen Oesterreichs sind vorzugsweise berufen, das monarchische Prinzip zu pflegen in der Treue gegen die Monarchie und den angestammten Kaiser; ihnen obliegt es, den anderen Nationalitäten ein Beispiel zu geben und der Dynastie die Regierung zu erleichtern, wozu dieselbe gerade des deutschen Elementes als Bindemittel bedarf. Für Uebertreibungen einer parlamentarischen Majoritätsregierung ist kein Land ein weniger geeignetes Feld, als das cisleithanische wegen seiner nationalen und sprachlichen Zerrissenheit. Die Dynastie ist das zusammenhaltende, parlamentarische Kämpfe sind das trennende Prinzip und die Deutschen Oesterreichs zeigten einen hohen Grad politischer Unklugheit und Unfruchtbarkeit, indem sie, anstatt die starke Monarchie zu pflegen, eine parlamentarische Majoritätsherrschaft anstrebten, wobei sie den slavischen Elementen, verstärkt durch das Gewicht der magyarischen Opposition gegen das Deutschthum unterliegen mußten. Die deutschen Liberalen würden, wenn regierend, das Einreißen der Anarchie nicht hindern können. Nur die sichere Hand der Monarchie konnte die Schwierigkeiten überwinden, die aus der Verschiedenartigkeit der österreichischen Kronländer hervorgehen; nur ihr konnte es gelingen, vier Jahrhunderte hindurch die disparaten Elemente derselben zusammenzuhalten.

Deutschland.

* Berlin, 5. Febr. Seine Majestät der Kaiser, der sich nach dem gestrigen Hofball ganz wohl und frisch befindet, nahm heute Vormittag Vorträge entgegen, empfing den kommandirenden General des 8. Armeecorps, v. Loë, und arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts. Nachmittags machte der Kaiser eine Ausfahrt. — Der Kaiser hat bestimmt, daß in diesem Jahre das sogenannte Kaiser-Manöver bei dem 7. und 8. Armeecorps stattfinden soll. — Der Wirkliche Geheim Rath Oberlandesbaudirektor Hagen, Mitglied der Akademie, ist gestorben.

— Aus dem Reichskanzler-Amt geht dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Realschulmänner-Vereins folgendes zu:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Realschulmänner-Vereins hat laut der gefälligen Zuschrift d. d. Eberfeld, den 14. November 1883 meine Vermittlung dafür in Anspruch genommen, daß zwischen den deutschen Bundesregierungen in Betreff der Gültigkeit der Reifezeugnisse der Realschulmänner (Realschulen l. O.) eine ähnliche Vereinbarung getroffen werde, wie solche hinsichtlich der Reifezeugnisse der Gymnasien im Jahre 1874 geschlossen worden ist. Hierauf erwiderte ich dem Vorstand nach vorläufigem Benehmen mit dem königlich preussischen Herrn Minister der Unterrichtsangelegenheiten ergebenst, daß auch ich den Abschluß eines derartigen Uebereinkommens für wünschenswert erachte. Der Verwirklichung dieses Gedankens vermag ich jedoch erst dann näher zu treten, wenn in der Lehrereinrichtung der Realschulmänner in sämmtlichen oder doch wenigstens in den meisten Bundesstaaten die zur Zeit noch nicht vorhandene sichere Unterlage für die Herbeiführung des gedachten Uebereinkommens geschaffen sein wird.

— Die diesjährige Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer ist zum 20. Februar nach Berlin berufen. Ueber nachstehende Thematata wird referirt werden: 1) Ueber den Einfluß des Krankentassen-Gesetzes vom 15. Juni 1883 auf die ländlichen Verhältnisse; Referent: Frhr. v. Malzahn-Gülz, v. Hülßen-Hemsendorf. 2) Die Ergebnisse der Untersuchungen über die Lage des bäuerlichen Grundbesitzes und die Vorschläge der neuesten Zeit über die Mittel und Wege zur Befriedigung des ländlichen Grundbesitzes; Referent: Hofbesitzer Varing-Ersehof und Gutsbesitzer Winkler-Marienhof. 3) Die Vertretung der Landwirtschaft durch die landwirtschaftlichen Vereine; Referent: Frhr. v. Wirbach-Sorquitten.

Hamburg, 5. Febr. Die heute Mittag stattgehabte Leichenseier für die verunglückten Mitglieder der „Jeanette“-Expedition verlief feierlich. Anwesend waren beide Bürgermeister und viele Senatoren, Professor Neumayer,

der Handelskammer-Präsident, der Vorstand der Geographischen Gesellschaft, viele hervorragende Persönlichkeiten, auch Schiffslieutenant Harber, welcher die Hilfs-Expedition mitgemacht. Der Saal, worin die schwarzverhängten Särge in zwei Reihen aufgestellt waren, war mit amerikanischen Flaggen und Guirlanden auf das schönste geschmückt. Auf den Särgen lagen zahlreiche Kränze, die von vielen Städten, welche der Trauertomben berührte, gespendet waren. Die Feier wurde durch den offiziellen Senatsvertreter, Bürgermeister Peterjen, eröffnet. Nach langer ergreifender Rede, worin derselbe in ehrenvollen Worten den Muth der Amerikaner rühmte, welche mit der „Jeanette“ der vermeintlich in Noth befindlichen „Vega“ Hilfe bringen wollten, nun aber ein ehrenvolles Opfer der Wissenschaft geworden seien, legte derselbe einen Kranz auf den Sarg des Kapitäns Delong nieder. Redner wandte sich dann an den Lieutenant Harber mit Worten der Dankesankennung für die einsichtsvolle, aufopferungsfreudige Lösung seiner schwierigen Aufgabe. Sodann sprach Professor Neumayer, namens der Geographischen Gesellschaften Hamburgs, Wiens, Münchens, Dresdens und der Deutschen Polarcommission prachtvolle Kränze an den Särgen niederlegend.

Merzig, 5. Febr. Bei der heutigen Nachwahl zum Abgeordnetenhaus wurde Landrichter Lehmann (Zentrum) in Saarbrücken mit 378 von 379 Stimmen gewählt.

Dresden, 4. Febr. Die Zweite Kammer genehmigte den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Seithan über Lausitz nach Leipzig sowie den von normalspurigen Nebenbahnen vom Plauenischen Grunde nach Wilsdruff, von Wilsdruff nach Ehrenfriedersdorf und von Wieselburg nach Müllersgrund nach Ortmannsdorf. Der Gesamtbedarf hierfür beträgt 10,107,905 M.

Darmstadt, 5. Febr. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wies der Staatsminister v. Starck in Beantwortung der Interpellation des Abg. Rade über die kirchenpolitische Lage darauf hin, daß Baden keine Analogie biete, da dort die Anzeigepflicht stets erfüllt worden und die Examenpflicht in den Vordergrund getreten sei. Die Regierung habe dem preussischen Gesetz vom 30. Juni 1883 die größte Bedeutung beigelegt und würde in der Lage gewesen sein, eine bezügliche Gesetzesvorlage zu machen, wenn das preussische Gesetz die Folge gehabt hätte, daß die katholische Geistlichkeit die Anzeigepflicht ausübe. Wegen der Wiederbesetzung des Mainzener Bischofsstuhles könne die Regierung die Initiative nicht ergreifen, da das Kapitel von Rom aus angewiesen worden sei, keine neue Kandidatenliste vorzulegen. Der neue Kandidat müsse die Sicherheit geben, daß die Anzeigepflicht, soweit sie verlangt würde, auch erfüllt werde. Die Verhandlungen mit den päpstlichen Diplomaten im Jahre 1882 seien ohne Ergebnis geblieben; im Jahre 1883 sei von Rom aus wegen neuer Unterhandlungen angefragt worden, der Staat habe damals seine Bereitwilligkeit zu solchen erklärt und sei auch heute noch jederzeit bereit, in Unterhandlungen einzutreten. Die Verhandlung über die Antwort des Ministers wurde vertagt.

Stuttgart, 5. Febr. Die Idee von der Verbrüderung der württembergischen Nationalliberalen mit der Volkspartei, die eine Weile in der deutschen Presse von sich reden machte, wird nun allgemach von den Parteiverfassungen und den Presseorganen beider Theile in mehr oder minder friedlicher Weise wieder zu Grabe getragen. Die deutsche Partei hat in ihrer überwiegenden Mehrheit die gemäßigten Anwendungen der schwäbischen Demokratie, bezw. ihres jugendlichen Nachwuchses, für ein vorläufig noch allzu unzuverlässiges Anzeichen erkannt, um in dem Vorschlag einiger phantastischer und vertrauensseliger Politiker das Heil für die Zukunft zu erblicken. Der Vorstand des Landeskomitees der deutschen Partei, Oberstlieutenant v. Wolff, hat in einer offiziellen Parteipublikation das Festhalten an den seitherigen Grundsätzen erklärt und die demokratische Presse quittirt dafür mit den altgewohnten Ausfällen und den alten „unentwegten“ Freiheitsreden. — In der Stadt Stuttgart ist vor einigen Wochen ein „Verein zur Pflege der Kunst“ gegründet, bezw. neu konstituirte worden, welcher sich die Aufgabe stellt, die schwäbische Residenz mit monumentalen Kunstwerken zu zieren. Die Mittel hierfür sollen auf dem Wege einer Kollekte unter der Bürgerschaft aufgebracht werden, zu welcher die Mäcche des Vereins eine große Anzahl von Damen als Sammlerinnen aufgebeten haben. Auf diese Weise sind bereits 21 000 M. zusammengebracht und J. M. die Königin hat dem Verein die Summe von 25 000 M., die sie früher schon zur Stiftung eines monumentalen Brunnens bestimmt hatte, überlassen. Des weiteren projektirt man die Errichtung eines Danneberg-Denkmal's und die Ausschmückung einiger Neubauten, wie der Bibliothek und des Realschulsaals, mit Fresko-Gemälden, mit deren Ausführung der neue Direktor der Kunstschule, Claudius Schraudolph, betraut werden soll. Was übrigens die letztere Idee anlangt, so steht dieselbe bis dato noch auf schwachen Füßen. Weder hat der Verein bis jetzt beim Staate,

dessen Eigenthum jene Bauten sind, angefragt, ob er sich denn überhaupt seine Räume aus Mitteln dieser Kunstkollekte ausschmücken lassen will, noch ist in Betreff der Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit der Idee ein greifbarer Gedanke bis jetzt laut geworden. Dieser letztere Umstand dürfte vielleicht wieder auffallend erscheinen, wenn man weiß, daß die Leitung des Vereins nicht in den Händen der Stuttgarter Künstlergesellschaft, die sich demselben gegenüber vielmehr in ihrer Mehrheit etwas vorsichtig und misstrauisch verhält, sondern in denjenigen einiger Finanzgrößen liegt. S. M. der König, welcher bekanntlich den Winter in San Remo zubringt und welchem die Projekte des Vereins dorthin mitgeteilt worden sind, hat dem Vorstand desselben durch den Kabinettschef ein wohlwollendes Antwortschreiben zugehen lassen, das beherzigenswerthe Winke für die Richtung enthält, welche der Verein einzuschlagen hat, wenn er die „Pflege der Kunst“ in wirklich praktischer und des allgemeinen Beifalls sicherer Weise betreiben will. Schlägt der Verein diesen Weg ein und läßt er bald preiswürdige Thaten sehen, dann werden auch die Tabler verstummen, welche in dem bisherigen Vorgehen mehr Bemühungen in majorem gloriam einzelner Persönlichkeiten, als einzig und allein die Begeisterung für die hohe Sache der Kunst erblicken wollten. — Der Prozeß Wieland-Pfau soll noch nicht zur Ruhe kommen. Die Verurtheilten haben gegen das zweite landgerichtliche Urtheil abermals Revision an das Oberlandesgericht eingelegt. — Zugleich erfahre ich, daß der Vorstand des Stuttgarter Landgerichts gegen die Redaktion der „Ffr. Ztg.“ wegen eines unqualifizirbaren Artikels, in welchem die letztere die Unparteilichkeit des betr. Richterkollegiums angezweifelt, Klage eingereicht hat. — Wie aus San Remo mitgeteilt wird, ist daselbst am letzten Samstag der Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. v. Mittnacht, eingetroffen. Derselbe wurde sofort nach der Ankunft von Seiner Majestät empfangen und zur Tafel gezogen. Staatsminister v. Mittnacht beabsichtigt, einige Tage in San Remo zu verweilen, um dem König über den Stand der Staatsgeschäfte Bericht zu erstatten. — Wie der Schwäbische Merkur meldet, wird mit dem Professor Wandry in Tübingen wegen seines Eintritts in die Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs an Stelle des verstorbenen Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten v. Kübel verhandelt.

München, 5. Febr. Die Kammer beriet heute weiter über den Kultusetat, und zwar insbesondere über den vom Ausschuss angenommenen Antrag über mögliche Einführung des konfessionellen Geschichtsunterrichts an den humanistischen Gymnasien. Herz und Lampert sprachen gegen den Antrag. Der Kultusminister erklärte, der Antrag sei prinzipiell bedenklich und unbrauchbar. Die Abstimmung wurde auf morgen vertagt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Febr. Der gestern in den prachtvoll geschmückten Festhallen der Hofburg abgehaltene Hofball nahm einen überaus glänzenden Verlauf. Vor Beginn des Balles hielten der Kaiser und die Kaiserin, umgeben von sämtlichen in Wien anwesenden Erzherzögen und Erzherzoginnen, den Prinzen und Prinzessinnen von Nassau, Sachsen-Weimar und Sachsen-Roburg, Cercle und fand die Vorstellung der neu eingetretenen Mitglieder des diplomatischen Corps und hervorragender Fremder statt. Nach der ersten Quadrille ließ sich die Kaiserin einige Damen und Herren vorstellen, mit denen sie sich unterhielt. Der Kaiser sprach längere Zeit mit dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß, ferner mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Smolka, dem Fhrn. v. Bauer, Fhrn. v. Philippovich, Fhrn. v. Rodich-Uzba. Das glänzende Fest endete erst nach 12 Uhr. — Die Abgeordneten nahmen mit allen gegen 3 Stimmen den Antrag auf Einsetzung eines aus 14 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Berathung der Ausnahmeverfügungen an, lehnten dagegen die von der Linken beantragte achtstägige Berichterstattungsfrist ab. — Im Wiener Gemeinderathe wurde beantragt, eine Petition an den Reichsrath zu richten, die Ausnahmeverordnung, welche auch die friedliebende Bevölkerung trifft, auf die Sozialisten einzuschränken. Der Gemeinderath beschloß, die Petition an den Reichsrath zu richten, die Ausnahmeverordnung, welche auch die friedliebende Bevölkerung trifft, auf die Sozialisten einzuschränken. Der Gemeinderath beschloß, die Petition an den Reichsrath zu richten, die Ausnahmeverordnung, welche auch die friedliebende Bevölkerung trifft, auf die Sozialisten einzuschränken.

Schweiz.

Basel, 5. Febr. Die „Baseler Nachrichten“ melden: Der Große Rath von Basel beschloß nach mehrtägiger Debatte den Ausschluß Angehöriger von Kongregationen und geistlichen Orden von der Leitung der katholischen Schulen. Der Beschluß unterliegt der Volksabstimmung.

Frankreich.

Paris, 5. Febr. Heute beriethen die vier Parteiversammlungen der Linken die Ernennung der 44 Mitglieder des Untersuchungsausschusses, der am Donnerstag ernannt werden wird. Die bonapartistischen Deputirten haben beschloffen, der Leichenfeier für Rouher nicht anzuhängen, um sich an der Wahl des Ausschusses, die zu gleicher Zeit stattfindet, betheiligen zu können; sie werden sich am Morgen im Sterbehause nur einzeichnen lassen und dann in den Palast Bourbon gehen, um so die Absicht der Opportunisten zu hinterreiben, welche der äußersten Linken die Unterstützung eines Theiles der Rechten entziehen wollten. — Rouher wird als Inhaber des Großkreuzes der Ehrenlegion mit militärischen Ehren bekränzt werden: zwei Linienregimenten mit Reiterei und Artillerie sind zu diesem Dienste befohlen. Der Komponist Massenot hat einen Trauergefang für Rouher's Leichenfeier komponirt. — Die Regierung machte dem Bischof von Urgei, Willsherrn von Andorra, Vorstellungen wegen ungehöriger Verurtheilungen bei den Wahlen aus Anlaß der letzten Wahlen in Andorra. —

„Telegraph“ meldet, daß der Verwaltungsrath der Suezkanal-Gesellschaft ein Schreiben Grandville's mittheilt, worin derselbe erklärt, daß nach seiner Ansicht alle Schwierigkeiten durch das zwischen Lesseps und den Rhebern festgestellte Programm befriedigend beendet seien.

— Die Deputirtenkammer beschloß heute mit dem Gesetzentwurf über die unentgeltliche Auslieferung der in den Leihhäusern verlegten Pfänder von kleinem Werthe. Laisant schloß sich dem Entwürfe von Andrieux an, wonach die unentgeltliche Zurückgabe von Werkzeugen, Bettstücken, Kleidern und Wäsche vom Werthe unter 20 Fr. in allen Städten, wo sich Leihhäuser befinden, erfolgen soll, und zwar unter der Bedingung, daß nur die Pfandgeber allein ihre Pfänder zurücknehmen könnten und Händler, denen sie etwa ihre Pfandscheine verkauft, ausgeschlossen würden. Andrieux vertheidigt seinen Antrag, welcher 2,750,000 Fr. erfordern würde, wovon die eine Hälfte dem Staate, die andere den Städten zur Last fallen solle. Berichterstatter de Choiseul spricht gegen den Antrag, der den wirklich nothleidenden Familien keine Abhilfe bringen würde, davon abgesehen, daß der Gemeinderath von Paris die Ausgabe verweigern würde, da sich derselbe jüngst noch gegen die unentgeltliche Auslieferung der Pfänder ausgesprochen habe. Nachdem Laisant für die Sache nochmals geredet hatte, wurde der Antrag mit 325 gegen 177 Stimmen verworfen. Die Kammer beriet hierauf die Konzeption einer Eisenbahn in Algerien. Ein Antrag, die Eisenbahn solle ihr gesamtes Material in Frankreich ankaufen und auf keinen Fall im Auslande, wurde mit 346 gegen 159 Stimmen verworfen.

— Der Senat nahm heute die ersten 41 Artikel des Gemeindegesetzes an.

— Der Tod des Königs von Anam war eingekleidet worden das Werk des Residenten Champeaur. Im Vertrag vom 25. August war, um Frankreichs Vormacht zu zeigen, bestimmt worden, daß der König den französischen Residenten in Privataudiens empfangen solle. Nach anamitischer Etiquette ist dies aber ein Frevel, wie bis dahin Todesstrafe auf Privatverkehr mit der französischen Gesandtschaft stand. Statt nun Hiep-Hoa zu schonen, drang Champeaur mit Haft auf die Ehre der Privataudiens; diese wurde am 27. November mit Widerstreben bewilligt; am 28. ward der arme Hiep-Hoa todt auf seinem Lager gefunden.

Belgien.

Brüssel, 5. Febr. Die Kammer lehnte mit 68 gegen 41 Stimmen die Amendements bezweckend die Herabsetzung der Gehälter der höheren katholischen Geistlichen ab.

Spanien.

Madrid, 5. Febr. Gegenüber den Behauptungen der französischen Presse, daß die Konservativen die Civile abschaffen wollten, konstatirten heutige Blätter, daß dieselbe weiter bestehen werde, denn der Ministerpräsident habe bei der Restauration König Alphon's die Erhaltung der Religionsfreiheit durchgesetzt, welche andere Konservative beseitigen wollten. Das Kabinett werde keineswegs ein reaktionäres sein, aber für die Unverletzlichkeit des Königs stets energisch eintreten. — Zwei republikanische Blätter sind heute wegen Angriffen auf den König unter Anklage gestellt.

Großbritannien.

London, 5. Febr. Die bei der heutigen Eröffnung des Parlaments verlesene Thronrede sagt: Die Beziehungen zu allen Mächten sind freundschaftliche. Der Schriftwechsel mit dem Präsidenten der französischen Republik bezüglich Madagascars ist beendet und hat das Resultat gehabt, das herzliche Einvernehmen zwischen beiden Ländern zu bestätigen. Zwecks Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Mexiko seien Vorkehrungen getroffen und zu diesem Zweck Spezialgesandte jeder Regierung abgeleitet. Im weiteren sagt die Thronrede, in Folge der Niederlage der ägyptischen Truppen im Sudan sind die im Herbst vorigen Jahres gegebenen Befehle bezüglich des Rückzuges der ägyptischen Okkupationsarmee annullirt worden; nichtsdestoweniger bleibt der Zweck der schon erklärten Okkupation unverändert. Die Königin hat der ägyptischen Regierung Rathschläge angeboten, welche mit Rücksicht auf den Umfang seiner Hilfsquellen und auf die sociale Lage des Landes erforderlich sind. Ferner hat die Königin den General Gordon nach Egypten gesandt, um darüber Bericht zu erstatten, auf welche Weise am besten die Evacuation im Innern des Sudans zu vollziehen sei, und ihm erlaubt, zu handeln, um diese Maßregel auszuführen. Die Königin hoffe auf einen günstigen Abschluß der Unterhandlungen mit den Delegirten des Transvaallandes. Die Lage im Zululande sei immer noch beunruhigend und werde fortgesetzt durch Unruhen gestört. — Die Thronrede erklärt ferner, daß die Lage in Irland sich fortdauernd bessere. Angekündigt werden Vorlagen über die Erweiterung des Wahlrechts, Ausdehnung der Reform der Lokalregierung auf die Provinzen und Einrichtung einer Municipalverwaltung, welche die ganze Stadt London umfassen soll.

— Im Oberhaus begann heute sofort die Adreßdebatte. Grandville wies die Kritik Salisbury's zurück; die von letzterem angekündigte Bill gegen Vieheinfuhr werde die Regierung sorgfältig erwägen. Betreffs Egyptens halte die Regierung daran fest, die Truppen zurückzuziehen, sobald die Verhältnisse es gestatteten; inzwischen sei nothwendig, daß Egypten die Rathschläge Englands befolge. England theilte jüngst der ägyptischen Regierung ihren Entschluß mit, den Rhebiv in Vertbeidigung des eigentlichen Egyptens bis zum Rothem Meere zu unterstützen; die Wiedereroberung des Sudans sei unthunlich. Die Adresse wurde sodann angenommen. Richmond beantragt eine Bill behufs Abänderung des Gesetzes über Vieheinfuhr. Dieselbe wird in erster Lesung angenommen.

— Unterhaus. Bei der Adreßdebatte wurde ein Amendement Bourke's, welches die Politik der Regierung in Egypten tadelt und besagt, daß keine Maßregeln wirksam für die Ziele der Regierung seien, wenn sie nicht auf bestimmter Anerkennung der durch die Einmischung in Egypten übernommenen Verpflichtungen basiren, mit 77 gegen 20 Stimmen verworfen. Die Debatte sollte bis Donnerstag dauern, aber da kein Minister zur Stelle war, erfolgte die Abstimmung, bevor die Regierung geantwortet hatte. Die Adreßdebatte dauert fort.

Rumänien.

Bukarest, 5. Febr. Die Kammer begann die Generaldebatte über das Budget pro 1884/85, welches mit 128,237,433 Fr. equilibriert, und beschloß, das Budget in Erwägung zu ziehen.

Egypten.

Kairo, 5. Febr. Der Rhebiv erhielt heute Abend ein Telegramm Baker Pascha's, worin dieser meldet, er sei bei Tokar mit Verlust von 2000 Mann sowie 4 Krupp'schen und 10 Gattungsgeschützen geschlagen worden. Die türkisch-europäischen Truppen schlugen sich gut. Baker selbst hat sich mit 1500 Mann, dem Rest seiner Truppen, nach Trinkitat geflüchtet und beabsichtigt, sich mit dem Kanonenboot „Ranger“ nach Suakim zu begeben, Tokar aber, welches einsezt werden sollte, aufzugeben.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge sowie die Meldungen des Major Weizel, Kommandeur des Badischen Fuß-Artillerie-Bataillons Nr. 14, des Major Wonneberg, Abtheilungskommandeur im 2. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30 und des Secondelieutenant der Reserve des Schleswig-Holsteinischen Ulanen-Regiments Nr. 15, Grafen von Andlaw entgegen, und ertheilte hierauf dem Kammerjunfer Freiherrn Teuffel von Birkensee, Bezirks-Bahningenieur in Bruchsal, dem Oberförster Seydel von Lahr und dem Privatmann August Einwald von Heidelberg Audienz.

Nachmittags gegen 3 Uhr begab Sich Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin nach Baden-Baden zum Besuch der dort weilenden Fürstlichkeiten und kehrte Abends hierher zurück.

Der Großherzog empfing den Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg zur Vortragserstattung.

* (Der Großh. Oberbaurath M. Becker) ist vorgestern hier nach kurzer Krankheit gestorben. 1817 in Karlsruhe geboren, wurde Becker nach vollendeten Studien 1840 Ingenieurpraktikant und 1843 als Professor an die Ingenieurschule des hiesigen Polytechnitums berufen. 1854 wurde er Bezirksingenieur bei der Wasser- und Straßenbau-Inspektion Karlsruhe, 1858 in Rastatt. 1860 trat Becker mit dem Titel Baurath als Militair in die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus und wurde 1871 zum Oberbaurath ernannt.

* (Musikalische.) Vor einem geladenen Publikum ließen am letzten Sonntag den 3. Februar mehrere Schüler der von Hrn. Nebenstein geprüften Musikschule sich hören. Die Auführung bot ein höchst erfreuliches Bild von der Wirklichkeit der jungen Kunst. Sämmtliche Vorträge ließen den Einfluß einer ausgezeichneten Methode überall erkennen. Die Vortragenden, welche sich auf den verschiedensten Stufen der musikalischen Ausbildung befanden, zeigten Klarheit im Vortrage, sorgfältig entwickelten Anschlag und eine durchdrachte, sinnreiche Phrasirung. Einige der Vorträge machten den Eindruck fast vollkommener Leistungen. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin, Ihre Großherzoglichen Hoheiten Frau Fürstin Sodenlohe mit Prinzessinnen Töchtern und Ihre Großherzogliche Hoheit Prinzess Marie wohnten der Prüfung bei und drückten Ihre huldvollste Anerkennung aus.

* (Aus der Handelskammer-Sitzung vom 4. Febr.) Aus dem Kreise ihrer hiesigen Wahlberechtigten ist die Handelskammer ersucht, im Verein mit dem Stadtrath und dem Gewerbeverein dahier zu dem der Zweiten Kammer der Landstände vorliegenden Gesetzentwurf betr. die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer Stellung zu nehmen. Da Exemplare dieses Gesetzentwurfs bis jetzt nur schwer zu erhalten waren und deshalb nur wenige Mitglieder der Handelskammer denselben zu studiren vermochten, so ist die Kammer nicht in der Lage, in eine eingehende Berathung des Entwurfs sofort einzutreten. Es wird deshalb als wünschenswerth bezeichnet, daß der betr. Gesetzentwurf zunächst allgemein zugänglich gemacht werden möchte, damit sich Jedermann ein Urtheil über die Tragweite desselben bilden könnte. Weiter wird beschloffen, gemeinschaftlich mit dem hiesigen Stadtrath und Gewerbeverein dahin zu wirken, daß die Berathung des fraglichen Gesetzentwurfs durch die Landstände so lange zurückgestellt wird, bis die verschiedenen Interessentenkreise über den Entwurf gehört sind und bis die Ergebnisse einer Enquete auch über die Lage des Handwerks vorliegen, welche letztere durch die geplante Einkommensteuer in erster Reihe wieder mitgetroffen werden würde. — Auf dem demnächst stattfindenden Badischen Handelstage werden auch die Grundzüge zu einem Unfallversicherungsgesetz erörtert werden. In der Kammer Sitzung vom 4. Febr. findet zunächst nur eine allgemeine Besprechung dieser Grundzüge statt. So sehr nun auch die Kammer die Nothwendigkeit der Ausbildung unserer Socialgesetzgebung anerkennt, so glaubt sie doch, daß in dieser Beziehung nicht zu rasch vorgegangen und an das Unfallversicherungsgesetz erst dann herangetreten werden sollte, wenn sich die Wirkungen des Krankenversicherungs-Gesetzes wenigstens einigermaßen übersehen lassen werden.

* (Die Eröffnung der Ischamberhöhle bei Niedmatt.) Zwischen Basel und Säckingen unmittelbar unter dem eine kleine Viertelstunde von der Eisenbahn-Station Euggen gelegenen Dorfe Niedmatt öffnete sich früher in der felsigen Bergwand, die hier das Rheinebett begrenzte, eine schmale Felspalte, die sog. Ischamberhöhle. Bei der Anlage des Eisenbahn-Dammes im Jahre 1855 wurde hier das Rheinebett eingeebnet und der Eingang der Höhle zugesüttelt. Inzwischen blieb die Erinnerung an dieselbe unter den Bewohnern der Umgegend lebendig und wurde namentlich auch durch die Herren Hauptlehrer A. D. Volk und Dr. Wieland in Rheinfelden wach erhalten. Dieselben regten mehrfach auch die Frage der Wiedereröffnung der Höhle an; sie wußten den Schwarzwald-Verein dafür zu interessieren, indes unterließ der Versuch wegen der voraussichtlich nicht unbedeutenden Kosten. Erst vor wenigen Wochen gelangte dieser Plan zur Ausführung, und zwar ist dieselbe dem opferbereiten Unternehmungsgeist des früheren Bezirksraths Hrn. J. Meyer in Brennet zu danken, welcher mit Genehmigung der Regierung durch einen angelegten Schacht einen neuen Eingang zur Höhle eröffnete und nun dieselbe durch Anlage eines bequemen Weges dem allgemeinen Besuche zugänglich zu machen denkt.

